
Einfache Anfrage Güntzel-St.Gallen vom 12. März 2007

Werbekampagne des Amtes für Vermögensverwaltung

Schriftliche Antwort der Regierung vom 3. April 2007

Karl Güntzel-St.Gallen nimmt in einer Einfachen Anfrage vom 12. März 2007 Bezug auf eine Werbekampagne des Amtes für Vermögensverwaltung (Abteilung Liegenschaften), mit der Mietwohnungen angepriesen werden. Er stört sich an den verwendeten Werbeslogans und richtet in diesem Zusammenhang zwei Fragen an die Regierung.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Das Amt für Vermögensverwaltung ist u.a. für die Vermögensanlage der kantonalen Versicherungskassen zuständig und investiert in diesem Zusammenhang auch in Immobilien. Im Interesse der Erzielung eines marktüblichen Ertrages kommt der Vermeidung von Leerständen bei den vermieteten Wohnungen grosse Bedeutung zu. Der Kanton steht hierbei in Konkurrenz zu andern Anbietern von Wohnraum. Nebst Inseraten in der Tagespresse und der Platzierung von Wohnangeboten im Internet hat sich die gezielte Werbung in Bussen des öffentlichen Verkehrs als wirksame Ergänzung erwiesen, um auf freie Wohnungen aufmerksam zu machen. Die damit gemachten Erfahrungen sind ausserordentlich gut und die Reaktionen darauf fallen mehrheitlich positiv aus.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Bei einer Gegenüberstellung von Miet- und Eigentumswohnungen weisen beide Produkte Vor- und Nachteile auf. Es ist nichts Verwerfliches, wenn das Amt für Vermögensverwaltung im Rahmen eines Werbeauftrites die Vorteile des eigenen Produktes herausstreicht.
2. Die Werbung betont die Vorteile einer Mietwohnung. Wie jede andere Werbung soll auch die angesprochene Buswerbung Interesse wecken und potenzielle Mieterinnen und Mieter ansprechen. Dabei liegt es in der Natur der Sache, dass die Werbeaussage der Wertvorstellung einzelner Empfänger der Werbebotschaft widersprechen kann. Eine politische Aussage war mit dem Werbetext nicht beabsichtigt. Es kommt einer nicht nachvollziehbaren Überzeichnung gleich, wenn der Werbeslogan so interpretiert wird, dass er die Botschaft vertrete, Ferien machen sei grundsätzlich höher zu gewichten als der Erwerb eines Eigenheims.